

Antragssteller: Landesvorstand
Abstimmungsergebnis: 4/0/1

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen die folgenden Punkte im landespolitischen Programm zu ergänzen bzw. zu ändern:

„BILDUNG BRAUCHT ZEIT“

... und kostet mehr Geld, als momentan zur Verfügung gestellt wird

Bildung ist eine individuelle Persönlichkeitsentwicklung für Körper, Geist und Seele. Eine Politik, die Schulen und Hochschulen nur zur reinen Wissensvermittlung nutzt, ist unzureichend und falsch.

Reformen wie das Turbo-Abitur erhöhen den Zeit- und Leistungsdruck so sehr, dass Bildung als persönliche Entwicklung nicht mehr möglich ist. Es ist daher notwendig, die Bildungslandschaft umzugestalten und mehr Freiräume darin zu schaffen.

Dies bedeutet aber auch, wesentlich mehr finanzielle Mittel in diesen Sektor zu investieren.

Dabei ist der Entschleunigung von Bildung absoluter Vorrang zu gewähren. Dies bedeutet die notwendige Rückkehr zum Abitur nach 9 Schuljahren und die Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht um 1-2 Jahre. Der Übergang von der Schul- in die Arbeitswelt kann dann sinnvoll und effektiv gestaltet werden. Bei der Hochschulausbildung setzt sich die ÖDP für flexible Studiengänge ohne permanente Dauerprüfungssituationen ein, um „Bulimie-Lernen“ zu vermeiden. Auslandssemester und Praktika müssen vermehrt gefördert werden.

Darüber hinaus gilt es, nicht ängstlich nach „Pisa“- und ähnlichen Vergleichsstatistiken zu schielen und auf vermeintliche defizitäre Leistungsprognosen panisch zu reagieren, sondern mit Besonnenheit ein nachhaltiges, ganzheitlich-humanistisches Bildungssystem zu installieren.

1. Vorschulalter - wo Kind „Kind“ sein darf

„MEHR RAUM FÜR SPIEL, SPORT UND SPASS“ – VERPFLICHTENDES LETZTES KINDERGARTENJAHR“ - „UNTERSTÜTZUNG DER FAMILIEN“

Die Betreuung im Vorschulalter muss ausgeweitet werden. Dies betrifft nicht nur die rein pädagogischen Ansätze, sondern umfasst auch andere individuelle Förderangebote (wie zum Beispiel Logopädie, Physiotherapie und Sprachförderung). Dies kann und sollte im Vorschulalter verstärkt spielerisch erfolgen. Dazu muss insbesondere mehr Personal beschäftigt werden.

Damit Kinder in der Grundschule gemeinsam lernen können, sind gewisse vorschulische Grundkenntnisse notwendig. Insbesondere müssen alle Kinder zum Grundschulstart über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Deshalb muss das dritte Kindergartenjahr (halbtags) verpflichtend sein.

Die ÖDP unterstützt Familien und Erziehungsberechtigte, weil sie der festen Überzeugung ist, dass diese für die Entwicklung der Kinder besonders wichtig sind.

Hierzu schlägt sie Präventivmaßnahmen vor, bei der durch Themenabende, Kurse und Gesprächsrunden allen Eltern gebührend Zeit und Raum für die Familienbildung gegeben wird. Wertschätzende Zusammenarbeit ist das Ziel, verbunden mit der Verpflichtung, die angebotenen Elternsprechstunden/-tage in Schulen und KiTas zu nutzen.

Familie und Bildung haben Vorrang.

2. Erhalt der Schule vor Ort

„KURZE BEINE – KURZE WEGE“

Insbesondere im vorschulischen und Primarbereich (Grundschulen) müssen Einrichtungen erhalten bzw.

wieder geöffnet werden. Dies gilt insbesondere für Schulen im ländlichen Bereich, aber auch für Stadtteil-Schulen in größeren Städten.

Die ÖDP steht mit Nachdruck dafür, der Tendenz zu immer weiteren und aufwändigeren Schulwegen junger Schüler entgegenzuwirken. Auch Grundschulen mit einzügigen Klassen müssen erhalten bleiben.

3. Individuelle Förderung und kleine Lerngruppen

„ZWEITE FACHKRAFT IN DEN KLASSEN“ – „STÄRKUNG EHRENAMTLICHER TÄTIGKEITEN“

Unsere Kinder brauchen kleine Lerngruppen. Sie sollten individuell gefördert werden. Die ÖDP tritt dafür ein, dass die Schüler-/Lehrerrelation spürbar gesenkt wird (Schüler pro Lehrerstelle).

Positive Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, wie Lehrern und Schülern mehrere zusätzliche Helfer (Studierende, Förderlehrer, nebenamtliche Helfer, freiwillige Aktiv-Senioren etc.) zur Seite stehen. Leistungsfähigen Schülern können zusätzliche Anregungen gegeben oder hilfsbedürftigen Schülern Lerninhalte intensiver nahegebracht werden. Daher soll „Team-teaching als Regelfall“ initiiert und ehrenamtliche Unterstützung stärker als bisher genutzt werden.

4. Erhalt aller Förderschulen als bewährte Sonderschulform

FÖRDERUNG DER „UMGEKEHRTEN INKLUSION“

Inklusion, so wie sie aktuell politisch verstanden bzw. praktiziert wird, ist so nicht umsetzbar und dem individuellen Kindeswohl, das an erster Stelle stehen muss, nicht zuträglich. Schon bevor die Umsetzung richtig angelaufen ist, sind die rot-grünen Ideen in der Praxis gescheitert. Aufgrund sehr unterschiedlichen Handicaps und Begabungen tut eine genaue Differenzierung Not.

Die ÖDP plädiert für den Erhalt aller Förderschulformen und die Weiterführung der bewährten förderschulischen Konzepte. Sie fordert den Ansatz der „umgekehrten Inklusion“, bei der Kinder ohne diagnostizierten sonderpädagogischen Bedarf in entsprechende Angebote eingebunden werden.

5. Schule und Bildung für alle Sinne

„DIE VERHÄLTNISBESTIMMUNG ZWISCHEN BILDUNG UND NUTZEN“

Der schulische Fokus wurde über die Jahre immer mehr in Richtung „Interessen der Wirtschaft“ gesetzt. Entsprechend entscheiden „Schulnoten“ insbesondere in den „MINT“-Fächern (Mathe, Naturwissenschaften, Technik) über „Erfolg oder Misserfolg“ des Schulbesuchs.

Doch den „Nutzen von Bildung“ ausschließlich auf die anschließende berufliche Karriere bzw. auf die Erfüllung der Anforderungen der Wirtschaft zu beschränken, greift zu kurz.

Die ÖDP fordert, dass Bewegung, Kunst, Musik und Literatur wieder mehr Raum in den Schulen erhalten. Denn diese fördern nicht nur die Lebensfreude der Kinder, sie wirken sich nachweislich auch die intellektuelle und psychische Leistungsfähigkeit aus.

Unsere Schulen müssen dazu beitragen, unsere Kinder und Jugendlichen gesund und lebensfroh zu machen.

Gesundheitsvorsorge muss in allen Schulen ein besonderes Gewicht erlangen.

Täglichen Erlebnissen der Lebenslust müssen an den Schulen mehr Zeit und Raum eingeräumt werden. Zusätzliche finanzielle Mittel im Schulbereich dürfen nicht nur in neue Medien fließen, sondern auch in Bewegungsspiele, Entspannungsübungen, spielerisch-kreatives Forschen und in Ernährungsprogramme einschließlich kostenfreier, gesunder Schulverpflegung.

Wer selbst kochen kann, gewinnt Lebensqualität. Deshalb sollten auch „gesundes Kochen“ und „zeitgemäßes Haushaltsmanagement“ in der Schule angeboten werden.

Der Förderung handwerklich-manuell-praktischer Fähigkeiten muss in der Schule wieder ein größerer Stellenwert zugemessen werden.

6. Religions-, Ethik- und Philosophieunterricht

„IDENTITÄTSFINDUNG – SINN-UND LEBENSGESTALTUNG – INTERKULTURELLES LERNEN“

Der Religionsunterricht soll die „Vernunftfähigkeit“ von Religion und Glaube erproben, die kulturelle Identität fördern, die Identitätsfindung der Schüler unterstützen, gesellschaftliche Absolutheitsansprüche relativieren und so Schlüsselqualifikationen für die individuelle und soziale Lebensgestaltung vermitteln. Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen und als solches durch das Grundgesetz garantiert (Art. 7,3). Der weltanschaulich neutrale Staat bedarf der Religionsgemeinschaften zur Konkretisierung und pädagogischen Umsetzung der positiven Religionsfreiheit (GG Art. 4,1). Der konfessionelle Religionsunterricht soll von ökumenischer Offenheit geprägt sein und die Dialogfähigkeit fördern.

Aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen und Herausforderungen ist der schulische Religionsunterricht weiter zu entwickeln, u.a. durch fachübergreifende und fächerverbindende Formen gemeinsamen Lernens. Hilfreich kann ein Kooperationsmodell von konfessionellem Religionsunterricht und Ethik- bzw. Philosophie-Unterricht mit Phasen integrativen und differenzierenden Lernens sein.

Die zunehmend kulturell und religiös plurale Situation der Schüler stellt den Unterricht vor die Herausforderung, zu einer interkulturellen und interreligiösen Erziehung beizutragen, die der Schule insgesamt aufgegeben ist („Didaktik der Begegnung“).

7. Allgemeine Schulpflicht von 10 auf 11 oder 12 Jahre

„MEHR ZEIT FÜR DIE PERSÖNLICHKEITSBILDUNG UND BERUFSFINDUNG“

Die oben beschriebenen Anforderungen an ein geändertes Bildungssystem brauchen Zeit.

Die ÖDP in NRW steht deshalb für eine Erweiterung der allgemeinen Schulpflicht von 10 auf 12 Jahre. So können notwendige, umfassendere Bildungsziele zeitlich gestreckt und intensiver auf einzelne Inhalte eingegangen werden. Praktische Lerninhalte und betriebliche Berufsfeldüberblicke können sinnvoll eingebaut werden und mit Schulwissen verknüpft werden („Wofür lernen wir das?!“). Die Persönlichkeitsbildung und Berufswahlfähigkeit der Jugendlichen wird geschärft.

Heutzutage geht kaum noch ein Schüler mit dem 16. Lebensjahr in eine duale Ausbildung. Der Besuch von bislang fakultativen weiterführenden Schulen erfolgt zu über 90% pro Jahrgang, dabei teilweise ohne große individuelle Vorauswahl und Entscheidung. Ein weiterführender, fakultativer Schulbesuch erfüllt daher oft nicht dessen Intention, sondern wirkt in gar kontraproduktiv. Erschwerend kommt im jetzigen System hinzu, dass der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kaum noch Minderjährige in das System aufnimmt. Die Gründe hierfür sind vielfältig: fehlender Führerschein, unvollständige Vertragsmündigkeit, mangelnde persönliche Reife.

Es ist unlogisch, Jugendlichen, denen das Lernen ohnehin leichter fällt, 13 Schuljahre bis zur Hochschulreife zur Verfügung zu stellen, anderen jungen Menschen aber nur 10 Schulbesuchsjahre zu gewähren, um sich die Bildungsvoraussetzungen anzueignen, die für die anstehende Berufsausbildung und die weitere persönliche Entwicklung notwendig ist. Ziel ist auch, dass niemand (!) ohne Abschluss das Regelschulsystem verlässt. Ebenso sollen höherwertige Schulabschlüsse in der verlängerten Regelschulzeit ermöglicht werden.

Unterstützt wird diese Forderung durch Tatsache, dass immer mehr Kinder und Jugendliche mit Sprachproblemen als Quereinsteiger in das deutsche Schulsystem einsteigen. Diese benötigen in der Regel mehr Zeit zum Schulabschluss.

Durch eine allgemeinbildende Schulpflicht, die mit der Volljährigkeit endet, kann zudem ein gleitender Übergang sowohl in Ausbildung, Studium oder ein soziales oder ökologisches Jahr ohne Warteschleife erreicht werden.

Ausnahmeregelungen können für diejenigen Schüler gelten, die bereits nach 10 Schulbesuchsjahren einen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz erhalten haben. Auch das Überspringen einer Klasse ist möglich.

8. Einführung eines allgemeinen Dienstjahres

„WEIL BILDUNG NICHT NUR AN SCHREIBTISCH UND PC GESCHIEHT“

Die ÖDP fordert die Einführung eines verpflichtenden allgemeinen Dienstjahres, in der Regel nach Erreichen der allgemeinen Schulpflicht.

Der junge Erwachsene kann dabei wählen zwischen einem sozialen, einem ökologischen, einem gesellschaftspolitischen Jahr oder dem Dienst bei THW, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Bundeswehr etc.

Ziel ist die Erfahrung und Vermittlung von gesellschaftlich relevanten Aufgaben ganz „hautnah“ vor Ort. Auch das Kennenlernen persönlicher Stärken und ggf. Schwächen auf einem ganz anderen, praktisch angelegten Gebiet stärkt die Eigenwahrnehmung und eine realistische Selbsteinschätzung, hilft bei einer abgewogenen und nachhaltigen Berufs- bzw. Studienwahl, schafft neue Beziehungen und Netzwerke und dient der Allgemeinheit sowie der persönlichen Reife.

9. Entkernung des unübersichtlichen Übergangssystems „Schule – Beruf“

„ERFOLGLOSE UND TEURE WARTESCHLEIFEN ABBAUEN“

Das aktuell überdimensionierte, teure und unübersichtliche Übergangssystem „Schule – Beruf“ muss auf ein wirklich notwendiges Maß zurückgefahren werden. Abermillionen Euro von Bund, Land und EU werden jedes Jahr in Bildungsträger-Einrichtungen („Sozialindustrie“) und in die Orientierungsstufen von Berufskollegs investiert, ohne dass erkennbare positive Veränderungen zu verzeichnen sind. Immer noch sind die allermeisten arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsene (etwa 4 von 5 in NRW – Stand: 08/2016) ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Langzeitarbeitslosigkeit ist vorprogrammiert – und das trotz hoher finanzieller und personeller Aufwendungen.

Durch die Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht wird den Regel- und Förderschulen endlich mehr Zeit zugesprochen, Jugendliche lerntheoretisch – insbesondere aber durch Aufnahme praktischer Inhalte – auf das (Arbeits-) Leben vorzubereiten und sie lebensstauglich zu machen.

Die Forderung nach einem nachschulischem, einjährigen allgemeinen Dienst in und für unsere Gesellschaft unterstützt dieses Ziel in besonderem Maße.

Durch die Reduzierung bisheriger nicht erfolgreicher, kostenintensiver Warteschleifen können Aufstockungen im Vorschul- und allgemeinbildenden System zu großen Teilen gegenfinanziert werden.

10. Staatlich geförderte Berufsabschlüsse für bildungsschwache Jugendliche

„KEINEN JUNGEN MENSCHEN IN NRW OHNE BERUFSABSCHLUSS ZURÜCKLASSEN“

Alle Arbeitsmarktstatistiken der letzten Jahre und Jahrzehnte beweisen, dass Jugendliche und Erwachsene ohne Berufsabschluss in ganz besonderem Maße von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind (ca. 80% der jungen erwachsenen Langzeitarbeitslosen haben keinen Berufsabschluss).

Die ÖDP fordert, dass das Land NRW in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und mit entsprechender Bundesunterstützung für alle jungen Menschen über- und außerbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, um keinen jungen Menschen ohne Berufsabschluss in die berufliche Perspektivlosigkeit zu entlassen.

11. Veränderte Schwerpunkte in der Hochschulpolitik

„Modernisierung durch Selbständigkeit Vielfalt und Wahlmöglichkeiten“

Neben einer grundsätzlichen Rückkehr zu den alten Studienabschlüssen (s.o.) setzt sich die ÖDP dafür ein, dass die Leitung von Hochschulen vor Ort von allen Beteiligten gemeinsam erfolgt. Durch Hochschulräte hingegen verlagern sich Entscheidungskompetenzen auf Externe, was zu einer zunehmenden Ausrichtung der Hochschulen auf wirtschaftlich relevante Bereiche führt. Zwar ist es auch Aufgabe der Hochschulen, gut qualifizierte Absolventen für den Arbeitsmarkt auszubilden, dies darf aber nicht dazu führen, Grundlagenforschung oder spezielle Wissenschaftsbereiche zu vernachlässigen. Durch eine verstärkte Förderung der Hochschulen müssen Kapazitäten in von der Wirtschaft stark nachgefragten Segmenten erweitert werden (z.B. im Rahmen des dualen Studiums), jedoch ohne anderen Bereichen die Mittel zu entziehen.

Die Ausstattung vieler Hochschulen ist veraltet und die Kapazitäten an Räumen und Personal ist oft unzureichend. Diese Missstände müssen durch vermehrte Ausgaben für die Hochschulen und nicht durch Studiengebühren finanziert werden. Die ÖDP setzt sich zudem für einen verstärkten internationalen Studentenaustausch und Praxissemester ein.

12. Werbeverbot – Unabhängigkeit des Bildungsbereiches

„FÜR DAS LEBEN, NICHT FÜR DIE WIRTSCHAFT, LERNEN WIR“

Bildungseinrichtungen müssen frei von Konsumwerbung sein!

Die Wirtschaft dringt in immer mehr Lebensbereiche ein. Die ÖDP als einzige Partei, die Konzern- und Firmenspenden grundsätzlich ablehnt, steht diesem Trend äußerst kritisch gegenüber: Wirtschaft und öffentliche Daseinsvorsorge (Schulen, Krankenhäuser, etc.) sowie Verwaltungen müssen auch weiterhin getrennt bleiben.

13. Bildungsverantwortung

„DIE ROLLEN & ROLLENVERSTÄNDNISSE STÄRKEN“

Beim Thema „Verantwortung für die Bildung“ gilt es, das Rollen- und Rollenverständnis aller an Bildung Beteiligter genau zu durchleuchten und Verantwortung für Bildung nicht nur dem einzelnen Pädagogen zuzuordnen.

Lehrer müssen wieder mehr Zeit haben, sich ihren Schülern pädagogisch zu widmen und ihnen bei ihrer Entwicklung und auf ihrem Lebensweg beratend zur Seite zu stehen. Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass sie dabei nicht durch ständig neue Aufgaben gehindert werden.

Um diese Rolle ausfüllen zu können müssen Lehrer vielmehr unterstützt werden, durch andere pädagogische Fachkräfte, die mit mehr Handlungsvollmacht rechtssicher ausgestattet sind. Dann können sie auch der zunehmenden Heterogenität der Gesellschaft und der schwieriger werdenden Erziehungs- und Bildungsaufgaben gerecht werden.

14. Medienkompetenz

„CHANCEN DER DIGITALISIERUNG NUTZEN – IHRE „DIKTATUR“ VERHINDERN

Die ÖDP sieht die Chancen der vielfältigen, digitalen Möglichkeiten: Lebens- und Arbeitserleichterungen, unkompliziertes Netzwerken oder grenzenlose Informationen.

Die ÖDP übersieht dabei nicht die möglichen Risiken der Digitalisierung: Abhängigkeiten, Datenschutz, Verminderung der Konzentrationsfähigkeit, Rückzug in „digitale Welten“ oder Bewegungsmangel. Entscheidend ist, dass Technik deutlich als Hilfsmittel angesehen wird, so dass wir selbst, nicht die digitalen Medien unser Tempo und Leben bestimmen. Wir brauchen Bildungskampagnen, um eine neue, vernünftig-verantwortliche Haltung gegenüber der digitalen Welt einzunehmen.

ÖDP-Bestreben ist es, den „goldenen Mittelweg“ zu finden, um von den Stärken zu profitieren und potentielle Schwächen zu mindern und zu vermeiden. Dafür setzt die ÖDP auf Bildung, durch die das Bewusstsein von uns Bürgern geschärft wird: Wir nutzen Medien bewusster und zu unserem eigenen Wohle. Beim kompetenten Umgang mit Medien kommt es darauf an, unterscheiden zu können: Wann, wo und wie unterstützen mich Smartphone & Co und machen mein Leben leichter? Wann, wo und wie wird meine Freiheit gestohlen und mein Leben erschwert?

Um situative Antworten zu finden, unterstützt die ÖDP Konzepte wie z.B. das sog. „umgedrehte Klassenzimmer“, bei dem Lernende mit Hilfe von Lernvideos Basiskenntnisse erarbeiten und diese mit Unterstützung der Lehrpersonen vertiefen, anwenden, üben und erweitern: Das digitale Medium unterstützt, ein Mensch coacht und neue Horizonte werden aufgezeigt!

Begründung